

Wo Menschen in Containern wohnen

Protest am Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf gegen Einweisungen in das Flüchtlingsheim Motardstraße

Birgit v. Criegern

»Ich bin Flüchtling«, sagt der Aktivist ins Megaphon. »Vielleicht kennt man Leute wie mich nicht in Marzahn. Man schickt uns ins Wohnheim Motardstraße.« Rund fünfzig Demonstranten vom »Bündnis gegen Lager Berlin-Brandenburg« protestierten gestern vor dem Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf gegen das Flüchtlingsheim Motardstraße, und forderten Wohnungen für alle Flüchtlinge.

Der Bezirk Marzahn-Hellersdorf weist besonders viele Migranten in das Flüchtlingsheim Motardstraße 101 a, im Spandauer Industriegebiet ein. Mit Essenspackungen der Firma Dussmann, die die Flüchtlinge mit Essen versorgt, machten die Demonstranten auf die schlechten Lebensverhältnisse in dem Heim aufmerksam. Zur gleichen Zeit tagte die Bezirksvollver-

sammlung, auf deren Tagesordnung auch ein Antrag des Migrationsausschusses stand. Demnach soll sich das Bezirksamt beim Senat für die Schließung der Einrichtung Motardstraße einsetzen. Der Antrag erhielt grünes Licht.

Höchste Zeit, fanden die Aktivisten vom Bündnis gegen Lager. Im Vorjahr hätten Marzahner Bezirkspolitiker der LINKEN ein Ende der Einweisungen versprochen. »Dies ist aber nicht passiert«, mahnten die Demonstranten. »Der Bezirk Marzahn war bisher aktiv an Einweisungen von Migranten gemäß »Sachleistungsgebot« in das Heim Motardstraße beteiligt, obwohl es hier genug leerstehende Wohnungen gibt«, so ein Mitglied der Flüchtlings-Initiative.

Das Flüchtlingsheim wird seit 2000 zur Erstaufnahme für Asylbewerber genutzt. Seit 2006 werden auch Migranten aufgrund des

neuen Sachleistungsgebotes dort untergebracht. Demnach können Bezirksämter auch Flüchtlinge in die Motardstraße schicken, die nicht genügend an der »Klärung von Sachverhalten« mitwirken. Anstelle von Bargeld erhalten sie dann Vollverpflegung. Eine »Bestrafung« sehen darin antirassistische Initiativen, durch die Migranten zur Ausreise genötigt werden sollten.

Auch der Flüchtlingsrat Berlin forderte wiederholt die Schließung der Motardstraße. Rund 460 Migranten bewohnen die Containerbauten. In Gesprächen ersuchte der Flüchtlingsrat Marzahner Bezirksmitarbeiter, die Einweisungen einzustellen. Bezirksbürgermeisterin und Sozialstadträtin Dagmar Pohle (LINKE) antwortete jetzt in einem Brief und hielt entgegen: »Die grundsätzliche Kritik an der Motardstraße sollte nicht zu

Lasten der Sozialamts-Mitarbeiter ausgetragen werden.« Es erfolgten »differenzierte Einzelfallprüfungen« vor Einweisungen. Gegenüber ND verwies Pohle darauf, dass der Bezirk das Heim Motardstraße zu großem Teil zur regulären Unterbringung und kaum aufgrund des Sachleistungsgebotes nutze. »Grund ist die mangelnde Kapazität an Wohnplätzen in Marzahn-Hellersdorf.« Die Migranten erhielten vom Bezirk Marzahn zusätzlich zur Verpflegung 21 Euro Bargeld monatlich, so Pohle. Ein Sprecher vom Bündnis gegen Lager jedoch sagt: »Aufgabe des Bezirks wäre es, Flüchtlingen selbstbestimmtes Wohnen zu ermöglichen. Will man Mietkautionen nicht finanzieren, wären etwa Wohngemeinschaften eine Lösung.« Der genehmigte Antrag des Migrationsausschusses sei jedoch ein Schritt in die richtige Richtung.